



Fraktion im Stadtrat  
**Friedrichsthal**

5. Juli 2013

## Die CDU-Fraktion im Friedrichsthaler Stadtrat

### informiert über die Haushaltssituation:

Friedrichsthal ist die **erste überschuldete Kommune im Saarland**. Dieser Zustand ist vom Gesetz nicht vorgesehen und damit rechtswidrig. Die Auflage des Landes ist es, beginnend mit dem Jahr 2012 Einsparungen bis einschließlich 2016 in Höhe von mindestens 260.000 Euro / Jahr darzustellen. Verbunden mit dieser Auflage ist die Gewährung der sog. KELF-Gelder (Kommunaler Entlastungsfonds), die für die Stadt Friedrichsthal 550.000 Euro / Jahr betragen und mit denen wir unsere Schulden abtragen können. Die Kommunalaufsicht hatte dem Bürgermeister eine Frist bis zum 30.6.13 gesetzt, damit die Stadt Sanierungspläne vorlegt.

Bürgermeister Schultheis hat uns in den vergangenen Wochen mehrmals mitgeteilt, diese Sparauflagen nicht erfüllen zu können und auf die KELF-Mittel verzichten zu wollen. **Wir sehen es als gewählte Stadträte aber als unsere Verpflichtung an, ernsthaft nach Lösungen der Sanierung zu suchen** und die KELF-Mittel für Friedrichsthal zu retten. Deshalb haben wir eine interfraktionelle AG aus CDU, BSZ und Bündnis 90/Die Grünen gebildet, in der wir in mehreren Treffen die Sanierungsvorschläge zusammengetragen haben. **Es geht uns um unsere Stadt und nicht um Einzelinteressen!** Auf unsere gemeinsame Initiative hat der Rat am 26.6.13 Sanierungsvorschläge pünktlich verabschiedet und den Bürgermeister aufgefordert, wegen noch fehlender Punkte für 2015 und 2016 bei der Kommunalaufsicht Fristverlängerung zu beantragen, damit für diese Jahre von der Stadtverwaltung Lösungen erarbeitet werden können.

Nur wenn WIR alle Möglichkeiten des Sparens selbst genutzt haben, können wir die Solidarität des Landes einfordern. Nur mit einem klaren Sparkurs können wir unsere Handlungsfähigkeit als Stadt erhalten. **Sonst droht uns die Zwangsverwaltung und Schließung von Einrichtungen.** Vom Gesetz her hat das Land (konkret: das Landesverwaltungsamt) verschiedene Instrumente, wenn eine Gemeinde nicht wirtschaftlich und sparsam handelt. Sie reichen vom **Anordnungsrecht bis zum Staatskommissar.**

Wir werfen Bürgermeister Schultheis vor, unverantwortlich mit der Zukunft unserer Stadt und auch der kommenden Generationen umzugehen und sich vor den wichtigen Entscheidungen zu drücken. Er hätte als Verwaltungschef die Vorschläge

machen müssen, statt dies uns zu überlassen. Die Strategie von Bürgermeister und SPD-Fraktion des Hände-in-den-Schoß-Legens, weiterhin Versprechungen zu machen und auf Hilfe von Außen zu warten, löst die Probleme nicht.

Wir haben auch **keinerlei Verständnis dafür, dass die von uns beantragte Bürgerversammlung noch nicht stattgefunden hat**. Der Bürgermeister sollte darin die Bürger über unsere Lage informieren, bevor wir die ersten Entscheidungen im Stadtrat am 26.6.2013 getroffen haben.

Bürgermeister Schultheis präsentiert sich **ratlos, untätig und hat das Verhältnis zum Rat innerhalb weniger Jahre zerrüttet**. Er scheint, sich über die Jahre retten zu wollen, und schießt auf seine 2. Amtszeit (ab 2016), um seine Eingruppierung in B2 zu bekommen. Schon 2010 hatte er einen Vorstoß unternommen, um von der A16 in die B2 aufzusteigen (BILD bezeichnete ihn als „Bürgermeister Gierig“). Der Rat konnte das verhindern. Selbst die SPD-Fraktion folgt ihm nicht mehr vollständig. Wegen fehlendem Vertrauen hat ihm der Stadtrat Ende Juni 2013 seine Kompetenzen beschnitten.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Anja Wagner-Scheid und Daniel Jung  
Fraktionsvorsitzende CDU-Fraktion Friedrichsthal  
[www.cdu-friedrichsthal.de](http://www.cdu-friedrichsthal.de)  
[anjawag@web.de](mailto:anjawag@web.de) und [d.jung@halm-presser.de](mailto:d.jung@halm-presser.de)